

Zollernalbkreis ist gut – aber nicht gut genug

Seit Jahren mehr Todesfälle als Geburten: Demografische Entwicklung folgt dem landesweiten Trend / Jugendamt will gegensteuern

Von Gert Ungureau

Zollernalbkreis. Besser als der Landesdurchschnitt, aber nicht gut genug: Die demografische Entwicklung auf der Zollernalb folgt dem landesweiten Trend. 1433 Kinder wurden vergangenes Jahr geboren, dem stehen 1889 Sterbefälle gegenüber. Dies ergibt einen Schwund von 456 Einwohnern.

Die Geburtenzahlen in Baden-Württemberg sind auf einem Rekordtief angekommen: Im vergangenen Jahr wurde landesweit ein Geburtendefizit von 8909 Personen verzeichnet. Immerhin liegt der Zollernalbkreis entgegen dem langjährigen Trend mit 1,43 Kindern pro Frau über dem baden-württembergischen Durchschnitt (landesweit waren es 1,36 Kinder pro Frau).

Die Zahlen in den Städten und Gemeinden des Zollernalb sind unterschiedlich, der Trend, der seit den Jahren 2005/2006 zu erkennen ist, ist der gleiche: In Balingen fehlten im vergangenen Jahr 77 Kinder, in Albstadt 136, in Hechingen 40, in



Ein seltenes Bild: Sieben Neugeborene strampeln um die Wette. Die Zahl der Geburten ist auch im Zollernalbkreis seit Jahren rückläufig.

Foto: Grubitzsch

Rosenfeld 4, in Haigerloch 9, in Burladingen 40, in Meßstetten 31, in Schömburg 8, in Dotternhausen 2.

Nach Informationen des Jugendamts werden häufig Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie fehlende Betreuungsmöglichkeiten als Gründe für die niedrigen Geburtenraten angeführt. Um dem entgegenzuwirken, will das Jugendamt verstärkt Familien unterstützen und die Kinderbetreuung ausbauen.

In den vergangenen Jahren

habe der Zollernalbkreis zahlreiche Angebote für Kleinkinder, Alleinerziehende und Familien realisiert, teilt die Kreisverwaltung mit. »Die meisten Städte und Gemeinden sind sich ihrer Verantwortung bewusst und haben in Betreuungsangebote investiert«, unterstreicht Landrat Günther-Martin Pauli. Das zahle sich jetzt aus. Dennoch gebe es im Zollernalbkreis nach wie vor Handlungsbedarf. Unter anderem müssten die Betreuungsmöglichkeiten weiter optimiert werden.

Mit der Umsetzung des Landesprogramms »STÄRKE« erhalten Eltern durch Bildungsgutscheine kostengünstige Möglichkeiten, sich für die Erziehung ihrer Kinder fit zu machen. Ebenfalls mit dem Ziel, Eltern und andere Erziehungsberechtigte in ihrer Erziehungstätigkeit zu unterstützen, werden in verschiedenen Städten und Gemeinden Treffpunkte für Eltern angeboten, die der Landkreis bezuschusst. Auch die Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder in Tageseinrichtungen

werden in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden weiter ausgebaut.

Im Zollernalbkreis würden weiterhin Tagesmütter gewonnen und diese Form der Kinderbetreuung ausgebaut. Die Betreuungssätze seien kürzlich unabhängig vom Lebensalter der Kinder überdurchschnittlich erhöht worden. Als Anreiz zur Gewinnung von Tagespflegepersonen übernehme der Landkreis die Kosten für die Qualifikation.

Im Landratsamt helfe eine Fachkraft den Eltern, die rich-

tige Betreuungsform für ihren Nachwuchs zu finden. Zudem könne auf die Online-Kinderbetreuungsborse »KIBEON« zurückgegriffen werden.

»Wir sehen Kinder nicht als Belastung, sondern als Bereicherung für unsere Gesellschaft, denn sie sind unsere Zukunft«, sagt der Leiter des Jugendamts, Eugen Merz. Die guten Bedingungen zur Familiengründung im Kreis würden sich in der Frauenerwerbsquote widerspiegeln, die deutlich über dem Landesdurchschnitt liege.

Haller: Kürzungen »ein Irrweg« – Widmann-Mauz: »Falsche Prioritäten«

Landes-SPD kritisiert geplante Kürzungen im Fernstraßennetz / CDU-Bundestagsabgeordnete fordert Umdenken der Landesregierung

Zollernalbkreis (gu). Rückt der durchgängige Ausbau der B 27 wieder in weite Ferne? Die geplanten Kürzungen im Bundesfernstraßenbau bezeichnet der SPD-Landtagsabgeordnete Hans-Martin Haller als »Irrweg« und »Unding« für die Entwicklung des ländlichen Raums.

Nach Informationen der SPD-Landtagsfraktion plant der Bund, die Mittel für die Bundesfernstraßen in Baden-Württemberg massiv zusammenzuziehen. Demnach stehen nach jetzt rund 230 Millionen Euro im Jahr bereits im Jahr 2013 nur noch 108 Millionen Euro, 2014 nur 65 Millionen Euro, 2015 nur 56 Millionen Euro und 2016 nur noch 61 Millionen Euro zur Verfügung, also lediglich noch ein Viertel der ursprünglichen Summe.

Eine solche Entwicklung sei grundfalsch und nicht nachvollziehbar, kritisiert Haller. »Insbesondere bedeutet der von der CDU-Bundesregierung eingeschlagene Weg einen herben Rückschlag für die Verkehrsplanung im Zollernalbkreis, denn Projekte wie der weitere Ausbau der B 27 und die Ortsumfahrung

B 463 bei Lautlingen werden dadurch noch weiter hinausgezögert.«

Das Flächenland Baden-Württemberg benötige im Gegenteil mehr Mittel für den Bau von Bundesfernstraßen. Straßen stellten gerade im ländlichen Raum einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor und somit eine aktive Infrastrukturmaßnahme für Industrie, Handwerk und Handel dar. Viele Menschen seien als Pendler täglich darauf angewiesen.

Die Landes-SPD werde es nicht hinnehmen, dass Baden-Württemberg durch die Kürzungspläne von Schwarz-Gelb in Berlin von einer vernünftigen verkehrspolitischen Entwicklung abgekoppelt werde und die Bundesregierung die Interessen der Bürger im Südwesten weiterhin ignoriere, erklärt Hans-Martin Haller abschließend.

Die CDU-Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Tübingen-Hechingen, Annette Widmann-Mauz, kontert: »Auf Basis des im Juni 2012 vom Bundeskabinett beschlossenen ersten Entwurfs des Bundeshaushalts 2013 stehen Baden-Württemberg für 2013



Ob die B 27 durchgängig vierspurig ausgebaut wird, stellen die geplanten Kürzungen in Frage. Foto: Ungureau

derzeit 443 Millionen Euro Bundesinvestitionsmittel für den Straßenbau zur Verfügung.« Darin enthalten seien Mittel aus dem Infrastrukturbeschleunigungsprogramm des Bundes, das für die Jahre 2012 und 2013 zusätzliche 70 Millionen für Investitionen in

baden-württembergische Bundesfernstraßen vorsieht.

Die Abgeordnete weist in einer Pressemitteilung außerdem darauf hin, dass Bundesmittel für Straßen 2009 mit 643 Millionen Euro und 2012 mit 546 Millionen Euro den höchsten Investitionsstand

seit 2005 in Baden-Württemberg aufgewiesen hätten. Dieser Anteil werde laut Ansatz 2014 auf 415 Millionen Euro beziehungsweise 2015 auf 419 Millionen Euro abgesenkt. Für 2016 steigen die Mittel dann wieder auf 435 Millionen. Insgesamt bedeute dies

einen Rückgang der Gesamtinvestitionsmittel von durchschnittlich 8,34 Prozent zwischen 2012 und 2016.

Den Grund für den Stillstand bei Straßenneubauten sieht Widmann-Mauz beim Landesverkehrsminister: »Verschlechtert werden die Aussichten für unsere Bundesfernstraßen vor allem durch die drastische Umkehr der Prioritäten durch die grün-rote Landesregierung.« Von den vorhandenen Bundesmitteln wolle der Verkehrsminister zwischen 2012 und 2016 nur 28 Prozent in Neubaumaßnahmen stecken. Das reiche für die dringenden Neubauprojekte vorne und hinten nicht. Deshalb sei auch noch kein einziges Neubauprojekt von der Landesregierung begonnen worden.

Gleichzeitig stelle das Bundesverkehrsministerium erhebliche Kostensteigerungen bei bestehenden und geplanten Bundesfernstraßenmaßnahmen in Baden-Württemberg fest. Das lasse sich auch am Beispiel der B 27 nachzeichnen, wo immer kostenintensivere Änderungen von der bestehenden Planung gefordert würden.



Die HZL sperrt den Streckenabschnitt zwischen Tübingen und Bisingen. Foto: Bahn

Zollern-Alb-Bahn wegen Bauarbeiten eine Woche gesperrt

Ersatzbusse überbrücken den Abschnitt zwischen Tübingen und Bisingen / Reisezeit verlängert sich dadurch

Hechingen. Wegen Bauarbeiten auf der Zollern-Alb-Bahn ist die Strecke von Tübingen nach Bisingen von Dienstag bis Donnerstag, 4. bis 6. September, gesperrt. Die Züge werden durch Busse ersetzt.

Zwischen Bisingen und Mössingen sollen in der nächsten Woche auf der Zollern-Alb-Bahn Durchlässe erneuert sowie im Bahnhof Dülflingen Weichen umgebaut werden. Züge können in dieser Zeit nicht fahren.

Der Interregio-Express

(IRE) von Stuttgart in Richtung Sigmaringen fährt nur bis Tübingen. Dort besteht der Anschluss auf einen Ersatzbus nach Bisingen. Von Bisingen aus fährt ein Zug in Richtung Sigmaringen weiter. Die Reisezeit verlängert sich dadurch um etwa 30 Minuten.

Fahrgäste, die nach Gammertingen wollen, müssen die Ersatzbusse von Tübingen nach Hechingen nehmen und dort in den Zug nach Gammertingen wechseln. Die Fahrzeiten dieser Züge wer-

den entsprechend angepasst.

Ähnliches gilt für die Gegenrichtung: IRE und Regionalbahn von Aulendorf und Sigmaringen in Richtung Tübingen fahren nur bis Bisingen. Dort starten Ersatzbusse in Richtung Tübingen. Die Reisezeit verlängert sich ebenfalls um bis zu 30 Minuten, so dass nur die nächsten Anschlüsse in Richtung Stuttgart erreicht werden.

Fahrgäste aus Richtung Gammertingen können im Hechinger Busbahnhof in die

Ersatzbusse nach Tübingen wechseln. Die Busse bedienen folgende Haltestellen: Tübingen Hauptbahnhof, Bahnhofsrückseite/Hegelstraße, Derendingen Hechinger Eck, Dülflingen Bahnhof, Nehren Bahnhof/Daimlerstraße, Mössingen Busbahnhof Nord, Bad Belsen Bahnhof, Bodelshausen Güterschuppen am Bahnhof, Hechingen Busbahnhof, Bisingen Bahnhof.

In den Bussen werden keine Fahrscheine verkauft. Diese müssen vor Reiseantritt an

den Automaten oder in den Verkaufsstellen gelöst werden. Aufgrund des begrenzten Platzangebots müssen sich Gruppen ab sechs Personen anmelden. Fahrräder werden in den Bussen nicht befördert.

Nähere Informationen gibt es unter www.bahn.de/bauarbeiten und www.hzl-online.de, unter Telefon 0711/20927087 (montags bis freitags 7 bis 20 Uhr), 0180/5996633 und bei der Zollernalbischen Landesbahn unter Telefon 07471/180622.